

Zeitschrift: Der Fourier : offizielles Organ des Schweizerischen Fourier-Verbandes und des Verbandes Schweizerischer Fouriergehilfen

Herausgeber: Schweizerischer Fourierverband

Band: 40 (1967)

Heft: 8

Artikel: Realismus JA - Minimalismus NEIN

Autor: Däniker, Gustav

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-517860>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 16.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Realismus JA - Minimalismus NEIN

von Dr. Gustav Däniker

Solange eine Bedrohung besteht oder wieder entstehen kann, werden wir uns mit Verteidigung zu befassen haben. Die Frage nach der tragenden Idee, nach der Grundkonzeption, wird daher immer wieder gestellt werden müssen. Sie kann nicht ein für allemal festgelegt werden, denn auch die Art der Bedrohung bleibt nicht immer dieselbe. Sie ändert sich mit dem Grad der politischen Spannungen und mit der Entwicklung der Kriegstechnik, mit zwei Faktoren also, die es in Zusammenhang mit unseren Zielen zu bringen gilt.

Was ist Konzeption?

Was ist nun der Inhalt einer Verteidigungskonzeption? Beginnen wir mit der negativen Bestimmung: Es sind keine Fragen der Konzeption, ob die Artillerie Spitzgranaten erhält oder nicht; ob die Panzerregimenter ein zusätzliches Panzerbataillon bekommen, ob die Kavallerie aufgehoben wird oder bestehen bleibt, ob der Territorialdienst in 5 oder 4 Kreise eingeteilt wird.

Aber es sind entscheidende konzeptionelle Fragen, gegen welche Arten der Bedrohung man sich rüsten will, ob man seine Anstrengungen darauf ausrichtet, den Krieg von unseren Grenzen fernzuhalten oder lediglich darauf, ihn — wenn er einmal ausgebrochen ist — lange und hartnäckig zu führen, ob man sich allein für die politische Freiheit schlägt und jede Art Widerstand bereits als sinnvoll erkennt oder ob man Land und Bevölkerung zu schützen versucht. Erst die Beantwortung dieser und ähnlicher Fragen bildet die Voraussetzung für die Bestimmung des Verteidigungsinstruments. So fusst beispielsweise die heute noch gültige Truppenordnung 61 auf dem konzeptionellen Entscheid, das ganze Land, von der Grenze weg, verteidigen zu wollen, und nicht nur das Réduit, wie dies während und nach dem Zweiten Weltkrieg aus Gründen materieller Unterlegenheit zum letzten Ratschluss wurde.

So wird es auch in Zukunft darum gehen, klar zu definieren, was wir erreichen wollen, bevor wir uns über Bewaffnung, Ausrüstung und Ausbildung unterhalten. Wenn keine klare Zielsetzung zu Grunde liegt, wird nicht nur der Wert der Verteidigung zweifelhaft sein; darüber hinaus müssen wir befürchten, viel Geld zu investieren, ohne den entsprechenden Nutzen davon zu haben.

Richtige Reihenfolge im Verteidigungsdenken

Bereits ist damit deutlich geworden, dass es nicht angeht, von den Mitteln auf den Zweck zu schliessen, sondern dass wir dafür Sorge zu tragen haben, unsere Zielsetzung trotz aller materiellen Probleme niemals aus den Augen zu verlieren. Gerade die Verteidigung eines Kleinstaats läuft Gefahr, sich langsam und fast unmerklich von den wirklichen Anforderungen der Zeit zu entfernen, weil es beinahe zwangsläufig und auch viel bequemer ist, das bestehende Instrument schlecht und recht auszubauen, als sich immer wieder zu fragen, ob es wirklich das leiste, was es eigentlich leisten sollte. So verständlich es ist, dass man davor zurückschreckt, alle paar Jahre eine neue Armeeorganisation einzuführen und vieles neu zu ordnen und umzustellen, was einer Milizarmee ohnehin sehr schwer fällt, so kritisch sollte man sich doch hin und wieder überlegen, ob dieser Entschluss nicht nur aus Trägheit geboren wurde, sondern ein wirklich tragbarer Verzicht auf die Schwächung des Bestehenden bedeutet.

Solange die Konzeption gleichbleibt und gleichbleiben kann, ist keine grosse Gefahr, mit der Aufrechterhaltung und dem kontinuierlichen Ausbau des Vorhandenen nicht auf dem richtigen Wege zu sein. Sobald aber konzeptionelle Änderungen zwangsläufig erfolgen müssen, drängt sich die Frage nach dem Wert des bestehenden Instrumentes auf.

Aus diesen Überlegungen erhellt sogleich, dass die grösste Gefahr für eine Armee aus der sukzessiven Beschränkung der Mittel erwächst, der man die Verteidigungskonzeption ebenso sukzessive anpasst.

Wer immer über Verteidigungsfragen diskutiert, wird zugeben müssen, auf die Frage «Was können wir uns leisten?» früher, wenn nicht sogar ausschliesslich zu stossen, jedenfalls eher als auf die viel seltenere Frage «Was müssen wir um unserer Selbstbehauptung willen tun?». Diese Reihenfolge ist freilich ebenso verständlich wie naheliegend. Ein Staat kann so wenig wie ein

Einzelner unbeschränkte Ausgaben machen. Und hier wie dort ist es schwierig zu bestimmen, wieviel für was verwendet werden soll. Staat und Einzelner suchen indessen über das Existenzminimum hinauszukommen. Ein allseitiges Streben nach grösserer Sicherheit ist das Kennzeichen unserer Epoche. Aber leider sind die Interessen bei oberflächlicher Betrachtung direkt entgegengesetzt. Die individuelle Sicherheit ist um so grösser, je mehr Mittel der Einzelne zu seiner Verfügung hat, die kollektive Sicherheit wächst hingegen mit dem Ausmass von Investitionen, die der Staat in sein Verteidigungsinstrument vornimmt und die er ohne Rückgriff auf die Kraft des Einzelnen nicht vornehmen könnte.

Das Plafonddenken

Um hier die richtigen Proportionen zu finden, braucht es Voraussicht und eine klare Vorstellung, worum es sich bei den militärischen Anstrengungen in Wirklichkeit handelt. Wer kurzerhand die Verteidigungsausgaben als einen Prozentsatz des Volkseinkommens festsetzt, hat sich über diese Erkenntnis noch nicht ausgewiesen. Er gewinnt höchstens eine Richtzahl, die von allen möglichen Faktoren — nur nicht von militärischen Kriterien — beeinflusst wird. Was dann, wenn das Volkseinkommen in den kommenden Jahren wieder merklich zurückgeht? Bleiben wir auch dann bei den 2,7 %? Was tun wir, wenn die Bedrohung ständig zunimmt? Fälschen wir sie um nach unseren Möglichkeiten oder machen wir Abstriche an unserer Zielsetzung? Ist es richtig, dass wir der Armeeleitung von vorneherein einen Finanzplafond setzen und sie damit nötigen, die zur Verfügung stehenden Summen schlecht und recht zu verteilen, statt ihr die Möglichkeit zu geben, zunächst unbefangen darlegen zu können, was es brauchen würde, um bei einer bestimmten Zielsetzung einen bestimmten Sicherheitsgrad zu erreichen?

Karl Schmid hat in seinem Versuch über die schweizerische Nationalität treffend den unser Volk stark bestimmenden Faktor des «kleinen Kreises» beschrieben: einem staatsmännischen, vorausschauenden Denken stünden stärkste Hindernisse entgegen, weil der Charakter der Eidgenossen eine Komponente kaum zu überwindender Abneigung gegen jedes Planen und Etwas-erreichen-wollen in sich trage. Es ist kein Zweifel, dass diese Behauptung zutrifft, aber es kann noch weniger ein Zweifel darüber bestehen, dass wir diese Nationaleigenschaft überwinden müssen, wenn wir nicht endgültig in Rückstand geraten und auf dieser oder jener Ebene — nicht nur auf der militärischen — überspielt und ausgeschaltet werden wollen.

Der Realismus

Angesichts all dieser Schwierigkeiten und Bedürfnisse hat man bei uns einen scheinbaren Ausweg gefunden: den sogenannten Realismus. Man sieht sich aus den Schwierigkeiten und Zwickmühlen bereits halb heraus, wenn man beteuert, sich auf das Wesentliche konzentrieren zu wollen und eingedenk «unserer begrenzten Möglichkeiten» nur noch das anzustreben, was sich «noch» tun lasse. Man könne sich einfach nicht mehr alles leisten und müsse deshalb zu einer Verteidigung Zuflucht nehmen, die dem Kleinstaat angemessen sei.

Solche Äusserungen verraten eine falsche Optik. Wir müssen nur den schweizerischen Kleinstaat verteidigen und sonst nichts. Hätte jemand wirklich etwas anderes angestrebt, so müsste man ihn bestrafen; jedenfalls hat man keinen Grund, sich gleichsam dafür zu entschuldigen, auf die reine Verteidigung, auf das wirklich «Notwendige» zurückzuschwenken. Hier liegt eine Vor Spiegelung falscher Tatsachen vor. Im Grunde genommen geht es nämlich keineswegs um die Abkehr von überspannten Massnahmen, ohne die man auskommen kann. Es geht bei der sogenannten Umstellung vom Wünschbaren zum bloss Notwendigen — von einigen Ausnahmen abgesehen — bereits um massive Abstriche an wesentlichen Verteidigungsmassnahmen. Natürlich steht es uns frei, sie vorzunehmen, aber es wäre gefährlich, sich vorzumachen damit bereits etwas Positives geleistet zu haben. Das Gegenteil ist der Fall.

Es ist realistisch, wenn man sich nicht überschätzt. Aber dieser Realismus ist an und für sich noch keine Tugend, sofern man nicht die Ehrlichkeit besitzt, die Konsequenzen der realistisch beurteilten Lage ebenso realistisch darzustellen. Wenn man beispielsweise aus finanziellen Gründen die Luftrüstung einschränken muss, so ist es richtig einzusehen, dass der Kampf der Armee damit andere Formen annimmt. Aber ob es gleicherweise richtig ist, stillschweigend hinzunehmen, den Kampf um das ganze Territorium nicht mehr mit gleicher Aussicht auf Erfolg zu führen, wagen wir zu bezweifeln.

Istzustand und Sollzustand auseinanderhalten

Wer sich etwas darauf zugute tut, seine Schwächen ehrlich einzugestehen — und wir Schweizer neigen als Volk etwas zu einer beinahe masochistischen Haltung in diesem Zusammenhang — der darf dabei nicht stehen bleiben. Eine ungünstige Situation muss zuweilen hingenommen werden; sich jedoch damit abzufinden, dass sie zum Dauerzustand wird, geht auf keinen Fall an. Es muss deshalb unterschieden werden zwischen dem mehr oder weniger angenehmen Istzustand und einem von uns festgelegten Sollzustand. Mitten im «Frieden» haben wir ja alle Gelegenheit, unsere Vorbereitungen auf den Ernstfall weiterzutreiben. Materielle Opfer sind hiezu nicht einmal nötig. Und doch ist die Tonart gewisser Stellungnahmen zum Militärbudget von einer merkwürdigen Weinerlichkeit. Man gewinnt den Eindruck, dass es nicht so sehr die effektiven heutigen Ausgaben sind, die uns belasten, sondern das, was wir im Grunde genommen darüber hinaus tun sollten . . .

Aber es geht zunächst nicht um höhere Militärausgaben. Es geht um die Frage, ob es richtig ist, die bestehende Armee in ihrer heutigen Form aufrechtzuerhalten und in Kauf zu nehmen, dass sie für wesentliche Kriegsformen — nämlich die atomaren — nicht allseitig ausgerüstet ist. Genügt es, ein Instrument der Verteidigung zu besitzen, das sich in gewissen Fällen unzweifelhaft bewähren wird, während es anderen Bedrohungen nichts entgegenzusetzen hat?

Die im Gange befindliche Reorganisation des EMD soll dem Vernehmen nach eine Armeepanung bringen, das heisst eine Instanz, deren wesentliche Aufgabe es sein wird, die zukünftige Bedrohung vorzusehen. Sie wird dafür sorgen müssen, dass wir auf dem Stand, wie er für die nächsten fünf Jahre durch so und so viele Entschlüsse und das Vorhandene präjudiziert ist, nicht stehen bleiben. Wenn wir heute antreten müssten, so würden wir den Krieg mit allem, was wir heute haben und nicht haben, führen. Wir würden auch unter den schlechtesten Bedingungen unser Bestes versuchen. Aber diese Haltung darf keine Entschuldigung für Untätigkeit in der weiteren Vorbereitung sein. Wo Verbesserungen möglich sind, müssen sie schrittweise aber beharrlich angestrebt und verwirklicht werden. Eine Planung, die sich nur auf die Ermittlung des Finanzplafonds und auf die Zuweisung der Gelder an die Positionen Laufendes und Rüstung, beziehungsweise an die einzelnen Waffengattungen beschränkt, kann nicht genügen. Zumindest die Militärs müssen sagen, was es zu einer erfolgreichen Verteidigung braucht. An den Politikern ist es danach zu erklären, ob ihnen dieser Sicherheitsgrad akzeptierbar erscheint und ob sie das nötige Geld dafür bewilligen wollen.

Aber es ist falsch — und ein Zeichen mangelnden Vertrauens — dass jeder Teil die Arbeit des anderen tun will. Die Militärs errichten sich einen Finanzplafond und betonen immer wieder, wie brav sie sich an diesen halten. Sie nehmen damit politische Entschlüsse voraus. Die Parlamentarier dagegen sprechen sich in apodiktischem Tone darüber aus, ob diese oder jene Art Flugzeuge für uns das Beste sind und mischen sich damit in militärtechnische Belange. Von einer normalen Situation kann erst wieder gesprochen werden, wenn jede Seite ihren Teil an der Verantwortung übernimmt. Die Formulierung der Zielsetzung und die Bewilligung der Mittel ist Sache des Parlaments. Die Ausführung ist Sache der militärischen, beziehungsweise aller Instanzen, welche zur Sicherheit beitragen können.

Sicherheit — ein politisch-militärisches Gesamtproblem

Damit kommen wir zu einem weiteren Aspekt. Die Verteidigung eines Landes kann nicht mehr allein mit militärischen Mitteln gewährleistet werden, ganz einfach darum, weil ein permanenter Angriff bereits im Frieden dauernd im Gange ist, gegen den militärische Kräfte nichts ausrichten. Und weiter darum, weil es tödliche neue Bedrohungen gibt, gegen die unsere Armee nichts unternehmen kann. So stellt sich denn eindringlich die Frage, wie weit jenen anderen Angriffsformen Rechnung getragen werden muss, und welche Massnahmen ihnen gegenüber zu treffen sind. Ist es im letzten Drittel des zwanzigsten Jahrhunderts wirklich verantwortlich, die Sicherheitsfrage ausschliesslich von der Armee her aufzurollen und abschliessend zu beantworten? Selbst wenn wir einsehen, dass diese Armee ohne jeden Zweifel nach wie vor das wichtigste Kernstück der Verteidigung sein wird, würden wir gerne im Einzelnen vernehmen, wie sich die Verantwortlichen zu den Massnahmen stellen, die ausserhalb unserer militärischen Abwehrkraft liegen oder diese nur berühren.

Die Forderung nach einer schweizerischen Strategie, das heisst nach einer Zusammenschau aller politischen, militärischen und zivilen Abwehrmassnahmen im Hinblick auf eine bestimmte Zielsetzung taucht mehr und mehr auf. Sie ist berechtigt, denn ohne klare Erkenntnis des im Atomzeitalter gewandelten Charakters der Verteidigung werden wir früher oder später in grösste Schwierigkeiten geraten. Gegenüber rein militärische Konzeptionen, so ausgewogen sie auch erscheinen, ist deshalb Vorsicht geboten. Sie lassen Fragen offen, die beförderlichst beantwortet werden müssen.

Schleichende Resignation oder zielbewusster Verteidigungswille?

Abschliessend ist vor einer Geisteshaltung zu warnen, für die der Kleinstaat seit jeher anfällig war, die aber heute angesichts der scheinbar übermächtigen Bedrohungen beinahe unvermerkt um sich zu greifen droht: wir meinen die Resignation. Wer sich einmal damit abgefunden hat, auf diesen oder jenen Angriff keine Antwort mehr zu wissen — und ihn deshalb kurzerhand ausser acht lässt, der ist nur zu schnell bereit, auch in anderen Bereichen nachzugeben. Die Truppenordnung 61 ging vom Willen aus, den Kampf ums Mittelland mit Aussicht auf Erfolg zu führen. Sehen wir zu, dass wir nicht auf Minimalisten hören, denen auch dieses Ziel zu hoch gesteckt scheint, und die deswegen gleich zu Abstrichen aller Art bereit sind. Die Schweiz wird nur eine Zukunft haben, wenn es ihr auch weiterhin gelingt, geistig und technisch, wenigstens auf einigen Gebieten, an der Spitze zu bleiben. Warum sollten wir ausgerechnet in einem Moment, da unser Weiterbestehen als selbständige Nation von einer Anstrengung besonderer Art abhängt, die komplizierten Probleme der Zukunft zu meistern, im Bereich der Selbstbehauptung gegen aussen auf die Nutzbarmachung der Technik und der wirksamsten Verteidigungsmittel verzichten? Es ist nicht einzusehen, warum der Schweizer, dem wirtschaftliches Denken im allgemeinen liegt, die Frage «Geld oder Blut?» mit einem freudigen «Blut» beantworten sollte, weil er sich selbst nichts mehr anderes zutraut als einen — zwar heroischen, aber letztendlich doch zur Niederlage führenden Opfergang.

Die Lage des Kleinstaats ist heute nicht besser und nicht schlechter als so manchesmal in unserer Geschichte. Den neuen Bedrohungen stehen neue Abwehrmittel gegenüber, wenn wir nur den Mut haben, sie zur Kenntnis zu nehmen und wenn nötig zu beschaffen. Wer dies nicht für möglich hält und zu einem sukzessiven Sicherheitsverlust Hand bietet, um Widerstände zu vermeiden, wer uns versichert, es komme nur darauf an, überhaupt Widerstand zu leisten und sich nicht mit aller Kraft bemüht, Mittel und Wege zu finden, um den Krieg durch eigene Stärke von unseren Grenzen fern zu halten, dem sollten wir äusserst kritisch gegenüberstehen. Denn eines ist sicher: weder Kleinmut noch Furcht dürfen unsere Berater in unserer wichtigsten Lebensangelegenheit sein. Nur der Staat, der sich nicht von vorneherein aufgibt, wird sich in der ungewissen Zukunft behaupten können.

Die Stimme der Redaktion

Die Berichterstattung über die 15. Schweizerischen Fouriertage in Luzern in unserer Julinummer hat die Fragen und Aufgaben des Wettkampfes nur am Rande erwähnt. Gemäss dem allgemeinen Wunsche der technischen Leiter hat die Zentraltechnische Kommission es wiederum übernommen, die verschiedenen Lösungen und Antworten gesamtschweizerisch zusammenzufassen. Die Auswertung wird demnächst abgeschlossen sein, so dass wir in einer unserer nächsten Ausgaben näher darauf eintreten können.

*

In der Sondernummer aus Anlass der 15. Schweizerischen Fouriertage in Luzern haben wir kurz auf ein neues Hilfsmittel für den Verpflegungsdienst — das Käse-Brevier für den Truppenhaushalt — hingewiesen. Die mit der Gestaltung und Realisation beauftragte Werbeagentur bittet nun die Funktionäre des hellgrünen Dienstes sich noch etwas zu gedulden, da aus verschiedenen Gründen eine Verzögerung eingetreten sei, so dass das neue Hilfsmittel voraussichtlich erst in der Septembernummer näher beschrieben werden kann. Es sei nochmals auf die Bitte der Schweizerischen Käse-Union hingewiesen, wonach die Aufgabe von Bestellungen verfrüht wäre, da vorgesehen ist, das Käse-Brevier nach einem speziellen Plan kostenlos abzugeben.